

Klimawandel und Demokratie

Payal Parekh

Einleitung

Der Klimawandel ist das Kernproblem unserer Zeit. Sofortige und entschlossene Massnahmen sind nötig, wenn wir die klimatischen Veränderungen in einem für die menschliche Zivilisation verkraftbaren Bereich halten wollen. Da diese Krise komplex ist, gibt es zu ihrer Bewältigung keine einfachen Rezepte. Und es stellt sich die Frage, ob Demokratie ein Motor ist, um aus der drohenden Sackgasse heraus zu finden, oder eher ein Hindernis.

Es gibt verschiedene Argumente, die nahelegen, dass Demokratien nicht geeignet sind, um das Problem der Klimakrise zu lösen. Wegen der kurzen Wahlzyklen ist die repräsentative Demokratie für dauerhafte Lösungen wenig geeignet – eine langfristige Sicht ist aber im Fall des Klimawandels unabdingbar (Keefer, 2007). Einmal ergriffene Massnahmen können überdies wieder ausgehebelt werden, wenn es zu einem Wechsel in den politischen Mehrheiten kommt (Runciman, 2018). Der Ethiker Dale Jamieson führt an, dass Interessengruppen wie Industrieunternehmen und Banken mit ihrem Geld und ihrer Macht demokratische Prozesse beeinflussen, ja beschädigen können (Jamieson, 2018). Allerdings üben diese Interessengruppen auch einen starken Einfluss auf autoritäre Regimes aus. James Lovelock, der Erfinder der GAIA-Theorie, geht so weit zu sagen, dass die Menschheit den Klimawandel nur bewältigen könne, wenn sie ihn wie einen Krieg behandle und die Demokratie sistiere (Hickman, 2010, 29. März).

Auf der anderen Seite kann eine funktionierende Demokratie die Partizipation der zivilen Gesellschaft stärken: Eine informierte Bevölkerung nimmt an Diskussionen teil, leistet Widerstand, entwirft Alternativen, bringt Gesetzesvorschläge ein. Eine unabhängige Presse kann die Politik kritisch durchleuchten, die Öffentlichkeit für Probleme sensibilisieren und neue Perspektiven aufzeigen.

Einige Indikatoren

Ein Vergleich der Massnahmen zur Reduzierung der CO₂-Emissionen in 144 Ländern im Zeitraum von 1970–2011 zeigt, dass Demokratien mit einem niedrigen Korruptionsindex effektiver sind als autoritäre Regierungen (Povitkina, 2008). Korruption erschwert die Verabschiedung und Durchsetzung guter Gesetze (Wilson/Damania, 2005) und spielt den Ei-

geninteressen z. B. von Konzernen in die Hände (McAllister, 2008). In korrupten Staaten ist die Wahrscheinlichkeit, dass Gesetze auch durchgesetzt werden, verschwindend klein (Lopez/Mitra, 2000), auch wenn diese als demokratisch gelten (Povitkina, 2018). Ein Vergleich zwischen dem Climate Change Performance Index (Burck et al., 2018) und den Democracy Index Rankings der Economist Intelligence Unit Ltd. (2019) zeigt eine starke Kohärenz: Je demokratischer ein Land ist, desto besser sind die Klimamassnahmen. Weisen Staaten eine hohe Korruption auf, dann zeigt sich allerdings im Bezug auf CO₂-Reduktions-Massnahmen kein Unterschied zu autoritären Regimes. Und leider gilt auch: Kein Land unternimmt gegenwärtig genug, um die drohenden Gefahren abzuwenden.

Ein Beispiel: Sowohl Deutschland als auch Brasilien werden als demokratisch klassiert. Die Erfolge bei der Reduktion der CO₂-Emissionen sind jedoch sehr unterschiedlich. Obwohl beide Länder starke Gesetze zur CO₂-Reduktion verabschiedet haben, konnte Deutschland die Gesetze besser durchsetzen. Der Grad an Korruption macht den Unterschied.

Der Kippfaktor/Machtwechsel

Obwohl Demokratie tendenziell besser abschneidet, reichen ihre gegenwärtigen Praxen nicht aus, um uns einen Weg aus der Klimakrise zu weisen. Als 2013 in Australien die bürgerliche Opposition die Wahlen gewann, kassierte sie danach das Kohlenstoff-Steuer-Gesetz (Taylor, 2014, 17. Juli). Seit seinem Amtsantritt im Januar 2017 hat US-Präsident Trump 47 Umweltregelungen aufgehoben und arbeitet daran, weitere 38 zurückzustutzen (Popovich et al., 2018, 28. Dez). Der neue brasilianische Präsident Bolsonaro setzt Klimaleugner als Umwelt- und Aussenminister ein (Gabbatiss, J., 2018, 11. Dez.). Immerhin gibt es in Demokratien mehrere Hebel, um solche negative Kursänderungen zu korrigieren, z. B. über den Rechtsweg, via öffentlichen Druck oder bei Neuwahlen. So wurde der Entscheid Präsident Trumps, das Verbot der Keystone XL Pipeline aufzuheben, von einem US-Gericht korrigiert (Friedman/Davenport, 2018, 9. Nov.). Allerdings können wir es uns angesichts der Dringlichkeit der Klimaproblematik gar nicht leisten, dass auf zwei Schritte nach vorne jeweils wieder ein Schritt zurück folgt.

Geld

Formale Demokratie hin oder her: Geld ist entscheidend. Oil Change International, eine US Denkfabrik, berechnete, dass die US-Regierung die fossile Energie-Industrie mit etwa 20,5 Milliarden USD jährlich subventioniert (Redman, 2017). Das überrascht wenig, hat doch diese Industrie in der Wahlperiode 2013/2014 mehr als 42 Millionen USD für Wahlkämpfe gespendet (Redman, 2017). Korruption zahlt sich auch in einer Demokra-

tie aus. Wenn wir Länder wie Russland, China, die Vereinigten Staaten und Saudi Arabien vergleichen, sehen wir trotz unterschiedlichen politischen Systemen keine Unterschiede in der Klimapolitik. Der Abbau von fossilen Energieträgern wird staatlich unterstützt, egal ob die Energiefirmen selbst staatlich oder privat sind. So finanziert China weltweit mehr als einen Viertel aller neuen Kohlekraftwerke (Proctor, 2019, 22. Jan.), ungeachtet dessen, das es im Inland den Anteil der erneuerbaren Energien auf 35% des Stromverbrauchs erhöhte (Patel, 2018, 1. Nov.). Und Gazprom, mehrheitlich im Besitz des russischen Staates, nutzt seine engen Verbindungen zur Regierung und seinen Einfluss auf die Politik, um enorme Steuervergünstigungen zu erhalten und staatliche Kontrollen zu umgehen (Public Eye, 2014).

In einer funktionierenden Demokratie sollte politischer Einfluss nicht erkauf werden können. Passiert dies trotzdem, so werden Entscheidungen nicht mehr im öffentlichen Interesse gefällt, sondern zugunsten einer privilegierten Minderheit. Ein Beispiel unter unzähligen: Im Mai 2017 wurden der Öffentlichkeit E-Mails zugespielt, die aufzeigen, wie die einflussreiche südafrikanische Familie Gupta, Besitzerin eines mächtigen Geschäftsimperiums, die Regierung von Präsident Jacob Zuma erfolgreich veranlasste, in den staatlichen Unternehmen ihr freundlich gesinnte Führungskräfte zu ernennen – bis hin zum Minister für Mineralien, Mosebenzi Zwane. Im Gegenzug ermöglichte Zwane dem Gupta-Imperium den Kauf einer Kohlemine (Jika, 2017, 28. Mai).

Über viele Jahre hin ist es den Konzernen in den Vereinigten Staaten gelungen, all jene Gesetze zu schwächen, die ihren Einfluss auf die Politik begrenzt hätten. So gibt es bei den Wahlkampfspenden in den USA keine Obergrenze, d. h. Konzerne und Industriegruppen können so viel spenden, wie sie wollen. Aus diesem Grund hat das US-Büro von Greenpeace nach der Wahl von Trump die Stärkung und Verteidigung der Demokratie zu einer ihrer Hauptkampagnen gemacht (Greenpeace USA). Für Greenpeace ist klar: Soll das Klima erfolgreich geschützt werden, dann müssen die Geldflüsse zwischen Politiker*innen und der fossilen Brennstoffindustrie radikal unterbunden werden.

Wie kann Demokratie den sozialen Wandel erzeugen?

Es gibt inspirierende Beispiele dafür, wie soziale Bewegungen demokratische Länder gezwungen haben, Massnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen. In einigen Fällen haben sie die Sache auch gleich selbst an die Hand genommen.

Schottland hat als eines der ersten Länder bereits 2009 ein starkes Klimaziel verabschiedet. Das Gesetz schreibt – bezogen auf das Basisjahr 1990 – eine Reduktion der Treibhausgase um 42% bis 2020 und um 80% bis 2050

fest. Ohne die Klimabewegung wäre ein so deutliches Ziel nie verabschiedet worden. Zwei Jahre zuvor hatte sich in Schottland ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis aus NGOs, kirchlichen Institutionen (inklusive der muslimischen Gemeinschaft) und aus der Jugendbewegung gebildet. Dem Bündnis gelang es, in breiten Teilen der Bevölkerung Unterstützung für Klima-Aktionen zu gewinnen (Stop Climate Chaos Scotland, 2018). Ziel war es, die Mitte-Parteien von der Notwendigkeit starker klimapolitischer Ziele zu überzeugen. Nachdem dies im Falle einer Mitte-Partei gelungen war, folgten auch andere Parteien nach.

Costa Rica geht noch deutlich weiter und hat sich verpflichtet, bis 2021 eine CO₂-neutrale Bilanz zu erreichen (Irfan, 2018, 17. Juli). Wie hat das kleine Land den Mut gefunden, sich ein so ambitioniertes Ziel zu setzen? Dank des starken Sozialstaates, der zwischen 1948 und 1980 aufgebaut worden war, haben viele Costa Ricaner*innen ein Gefühl von Solidarität und Engagement für das Gemeinwohl entwickelt. Zudem fanden die ersten erfolgreichen Umweltkampagnen in diesem zentralamerikanischen Land bereits in den 70er Jahren statt. Die Bedingungen waren perfekt, um ambitionierte Massnahmen von der Regierung zu fordern. Obwohl es unwahrscheinlich ist, dass Costa Rica in den nächsten zwei Jahren das Ziel bereits erreicht, ist der Druck für eine Umsetzung in der Bevölkerung hoch. So gibt es eine Kampagne *Costa Rica sin petróleo*, die die Benzinautos vollständig durch Elektroautos ersetzen will (zwei Drittel der hausgemachten Klima-Emissionen Costa Ricas gehen auf das Konto des Transportbereichs).

Eine spannende Art und Weise, wie Klimaschutz und Demokratie zusammenkommen, ist die Energiedemokratie-Bewegung. Sie basiert auf folgenden Prinzipien: bezahlbare erneuerbare Energie für alle; Förderung von öffentlichen oder privaten Genossenschaften; faire Löhne; die Schaffung von umweltfreundlichen Arbeitsplätzen. Sie bringt verschiedene Akteure wie Gewerkschaften, Erneuerbare-Energie-Unternehmen, Anti-Armut-, Umwelt- und Stadt-aktivist*innen zusammen. Die Energiedemokratie stimuliert den Wandel zu sauberer Energie und kann diesen Wandel auch gleich in Gang setzen. Sie verkörpert ein alternatives Modell zum Kapitalismus und kann gerade dadurch auch die eigentliche Hauptursache des Klimawandels bekämpfen. Unternehmen der Energiedemokratie funktionieren komplett anders als Mobil Exxon oder Gazprom; sie handeln im Interesse der Bevölkerung, anstatt Gewinn zu maximieren. Energie, die demokratisiert ist, wird dabei zum sozialen Gut.

Ein Pionier der Energiedemokratie sind die Elektrizitätswerke Schönau (EWS) im Schwarzwald. Nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl wurde die Bürgerinitiative ›Eltern für eine atomfreie Zukunft‹ gegründet. Sie initiierte 1991 einen Bürgerentscheid, um die Vertragsverlängerung mit dem damaligen Stromanbieter zu verhindern. Die Initiant*innen gewannen die

Abstimmung knapp und erhielten darauf die Konzession zum Betrieb des Stromnetzes per Ende 1995. Die EWS sind als Genossenschaft organisiert und bieten 100% Ökostrom an. Sie unterstützen auch die dezentralisierte Stromerzeugung. Die EWS ist aktiv in der Förderung der Bürgerenergiebewegung, der Energiegerechtigkeit und des Klimaschutzes und dabei deutschlandweit sowie international vernetzt.

Die Organisation Power For All will Energiearmut in den nächsten zehn Jahren überwinden. Sie glaubt, dass der dezentralisierten erneuerbaren Energie in den Händen der Endverbraucher*innen eine wichtige Rolle zur Energiearmutsbekämpfung zukommt. Gleichzeitig bildet sie die Basis für die Stärkung der Rolle der Bürger*innen in der Demokratie und damit für die Demokratisierung der Stromversorgung. Wenn Stromerzeugung dezentralisiert und/oder von einer Genossenschaft kontrolliert ist, wird es für Unternehmen auch erheblich schwieriger, gross und mächtig zu werden und mit ihrem Einfluss und mit dem Einsatz von Geld Demokratie zu schwächen und zu manipulieren.

Green New Deal – Redemokratisierung der Gesellschaft?

In den Vereinigten Staaten hat der Konzept des Green New Deal (GND) im Moment starken Auftrieb. Der Vorschlag will Emissionen reduzieren und so sichern, dass die USA ihre Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen erfüllen. Gleichzeitig sollen neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Jugend-Klimabewegung hat für diese Bewegung in den Vereinigten Staaten gute Vorarbeit geleistet. Die Aktivist*innen haben ihre Spuren in der Divestment-Bewegung verdient. Sie blieben auch nach dem Abschluss ihrer Uni-Ausbildungen vernetzt und gründeten eine neue Organisation, das Sunrise Movement, das sich dem Green New Deal verschrieben hat. Nach den Kongresswahlen im November 2018 reisten 200 junge Menschen des Sunrise-Movements nach Washington, D. C., besetzten das Büro von Nancy Pelosi, der führenden Demokratin im Parlament, und forderten sie auf, das Konzept des Green New Deal zu unterstützen (Grim/Gray, 2018, 13. Nov). Die charismatische junge Kongressabgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez wurde dabei zu einer prominenten Unterstützerin des GND. Anschliessend an die Besetzung entwickelte sie zusammen mit dem Sunrise Movement einen Gesetzesentwurf für den GND (Wallace-Wells, 2019, 17. Jan). Damit ist der Plan der Bewegung aufgegangen, zivilen Ungehorsam mit politischer Arbeit zu verbinden und dem GND-Konzept hohe Beachtung zu verschaffen. Der Kampf für den Green New Deal ist nun so richtig lanciert. Er ist die ultimative Chance, die Wirtschaft so umzuwandeln, dass sie CO₂-frei wird, gleichzeitig den Menschen in den Mittelpunkt stellt und damit die Demokratie effektiv stärkt.

Schluss

Auch in Ländern, in denen demokratische Institutionen schwach sind, findet die Zivilgesellschaft Wege, um mit kreativen Mitteln Entscheidungsträger*innen unter Druck zu setzen. So haben Fischer*innen, Bewohner*innen und die Presse erfolgreich gegen den Bau eines Kohlekraftwerkes in Südthailand protestiert (Kotani, 2017, 9. März). Aus China gibt es zunehmend Berichte von Demonstrationen wegen der Luftverschmutzung, und in vielen Fällen ringt die Bevölkerung dabei der Regierung Konzessionen ab (Lyons, 2018). Kollektives demokratisches Handeln zur Bekämpfung der Klimakrise wird gegenwärtig im globalen Rahmen zur wichtigsten Chance für eine klimapolitische Wende und ist gleichzeitig ein Schlüssel zur Demokratisierung der Welt überhaupt.

Literatur

- Burck, J., Hagen, U., Marten, F., Höhne, N. und Bals, C (2018, Dez.): Climate Change Performance, Index 2019, German Watch, New Climate Institute und Climate Action Network International, Bonn.
- Economist Intelligence Unit Ltd. (2019): Democracy Index 2018: Me too? Political participation, protest and democracy, The Economist, London.
- Friedman, L. und Davenport, C. (2018, 9. Nov): Judge blocks disputed Keystone XL Pipeline in setback for Trump, The New York Times, New York.
- Gabbatiss, J. (2018, 11. Dez): Brazil's new environment minister says country should stay in Paris Agreement despite climate sceptic president Bolsonaro, The Independent, London Greenpeace USA, <https://www.greenpeace.org/usa/democracy/> [11.03.2019].
- Grim, R. und Gray, B. (2018, 13. Nov): Alexandria Ocasio-Cortez joins environmental activists in protest at Democratic leader Nancy Pelosi's office, The Intercept.
- Hickman, L. (2010, 29. März): James Lovelock, Humans are too stupid to prevent climate change, The Guardian, London.
- Irfan, U. (2018, 17. Juli): Costa Rica has an ambitious new climate policy – but no, it's not banning fossil fuels, Vox.
- Jamieson, D. (2014): Reason in a Dark Time, Oxford Books, New York.
- Jika, T. (2017, 28. Mai): Exposed: Explosive Gupta e-mails at the heart of state capture, Sunday Times, Johannesburg.
- Kotani, H. (2017, 9. März): Protests upend a coal-fired power plant in southern Thailand, Nikkei Asian Review, Tokyo.
- Keefer, P. (2007): Clientelism, credibility, and the policy choices of young democracies. American Journal of Political Science, 51(4), 804–821.
- Lopez, R. und Mitra, S. (2000): Corruption, pollution and the kuznets environment curve. Journal of Environmental Economics and Management, 40 (2), 137–150.
- Lyons, P. (2018): Red Skies: The Impact of Environmental Protests in the People's Republic of China, 2004–2016, Master's Thesis, Wright State University, Dayton, USA.
- McAllister, L. (2008): Making law matter: environmental protection and legal institutions in Brazil, Stanford University Press, Stanford.
- Patel, S. (2018, 1. Nov): China Sets a New Renewable Portfolio Standard, POWER Magazine.
- Popovic, N., Albeck-Ripka, L. und Kendra, P-L. (2018, 28. Dez): 78 Environmental rules on the Way out under Trump, The New York Times, New York.
- Povitkina, M. (2018): The limits of democracy in tackling climate change, Environmental Politics, 27(3), 411–432.
- Proctor, D. (2019, 22. Jan): China leads investment in coal projects—and also renewables, POWER Magazine.
- Public Eye Awards (2014): People's Award Gewinner, Public Eye, Zürich.
- Redman, J. (2017, Okt.): Dirty energy dominance: Dependence on Denial, Oil Change International, Washington, D.C.
- Runciman, D. (2018): How Democracy Ends, Profile Books, Grossbritannien.
- Stop Climate Chaos (2018): Climate Change Act 2009, <https://www.stopclimatechaos.scot/campaign/climate-change-act-2009/>[11.03.2019].
- Taylor, L. (2014, 17. Juli): Australia kills off carbon tax, The Guardian, London.
- Wallace-Wells (2019, 17. Jan): How Alexandria Ocasio-Cortez's Allies Supplanted the Obama Generation, The New Yorker, New York.
- Wilson J.K. und Damania, R. (2005): Corruption, political competition and environmental policy. Journal of Environmental Economics and Management, 49 (3), 516–535.